

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

## Aus der Stadtbürgerschaft vom 25. Februar 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/piu>

### Gesundes Essen in Kindergärten und Schulen

Immer mehr Kinder und Jugendliche essen regelmäßig mittags an den Schulen. Die Schulverpflegung sollte überwiegend aus Getreiden, Gemüse und Obst aus biologischem und regionalem Anbau und Angeboten der Saison bestehen – so die Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. Das ist nicht nur gesund und umweltfreundlich, sondern mit dem Essensangebot verknüpft werden können auch pädagogische Konzepte, wobei die Herkunft der Lebensmittel und ihre Verarbeitung vermittelt werden. Mit einer Großen Anfrage war die rot-grüne Koalition der Frage nachgegangen, wie es in Bremen um gutes und gesundes Essen bestellt ist.



In der heutigen Debatte über die Antwort des Senats lobte die Gesundheitspolitikerin Kirsten Kappert-Gonther zunächst, dass besonders in den Kitas und gebundenen Ganztagschulen die Verpflegung bereits sehr gut ist. Es bleiben aber dennoch Forderungen: Wichtig für die SchülerInnen ist nicht nur die gute Verpfle-

gung, sondern sie sollen ihr Essen auch selbst zubereiten lernen können. Das soll bei neu einzurichtenden Ganztagschulen beim Küchenbau berücksichtigt werden. Für die „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“ sieht Kappert-Gonther drei konzeptionelle Aufgaben zukommen: die Qualitätskontrolle der Nahrungsmittel für die Schulverpflegung; für den Einkauf der Zutaten die Berücksichtigung der Bedingungen regional, saisonal, ökologisch und fair; und ein Fleischangebot, das nicht aus Massentierhaltung stammt.

### Betreuungsangebote für alle Kinder

In der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren zeigt sich, dass eher erwerbstätige Eltern mit gutem wirtschaftlichem Hintergrund den Bedarf an Betreuung äußern als jene, die arbeitslos und/oder auf Sozialhilfe angewiesen sind. Dieses Ungleichgewicht zeichnet sich zahlenmäßig auch allgemein in den Stadtteilen ab. Besonders Kinder in sozial benachteiligten Quartieren könnten von dem Betreuungsangebot stärker profitieren, sei es durch mehr Erfahrungen außerhalb der Familie, sei es durch Bildungsanregungen, sei es durch Sprachförderung. Gezielte Förderung kann der Abhängigkeit des Ausbildungserfolgs von der sozialen Herkunft entgegenwirken. Dieses Ungleichgewicht soll abgebaut und die Eltern sollen motiviert werden, ihr Recht auf Kinderbetreuung auch in Anspruch zu nehmen. Dazu fordert ein heute beschlossener Antrag der Koalition vom Senat ein Konzept, das diese Belange bei der weiteren Ausbauplanung berücksichtigt.

## Was noch?

### Aus der Fragestunde:

Ein chinesischer Milliardär wollte für 150.000 € aus dem Ratskeller eine Flasche Rüdeshheimer aus dem Rosefass von 1654 kaufen. Da stellte sich die Frage, ob dieser Wein zum Weltkulturerbe zählt. Inzwischen ist die Frage mit Nein beantwortet, aber das Kaufinteresse nicht mehr vorhanden. Wahr oder nicht wahr: jedenfalls gute Werbung!



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)



Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, fordert gerade für Familien mit Migrationsgeschehen für die Kitas aktives Werben und niedrigschwellige Angebote, um früh mit Eltern in Kontakt zu kommen und um Ängste abzubauen. Deren Kinder müssen Nutznießer einer Politik

werden, die durch frühkindliche Bildungsaufträge in die Kitas hineinwirkt und die die Kitas zu Anlaufstellen für Eltern macht, die am Schicksal ihrer Kinder etwas ändern wollen.

## Bedarf an Wohnungen ermitteln

Dem Bedarf an Neubauwohnungen (auch im sozialen Wohnungsbau) und an bezahlbarem Wohnraum begegnet Bremen u.a. schon mit der Wohnungsbaukonzeption, dem Wohnraumförderungsprogramm und dem Bündnis für Wohnen. Eine Große Anfrage der Koalition ging dem Problem nach, wie angesichts der Bevölkerungsentwicklung, des Bedarfs an Wohnungen etwa für Studierende oder Flüchtlinge und der unterschiedlichen individuellen Bedürfnisse und Interessen der Wohnungsbedarf in Bremen genauer ermittelt werden kann.



Bilden die Zahlen in der Wohnungsmarktproggnose gegenwärtig nur das mengenmäßige Nachfragepotenzial ab, so begrüßt es der bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner, dass in Zukunft diese Prognose auch stadträumlich, sozial, nach Bevölkerungsgruppen, bevorzugten Wohnformen,

Miete und Eigentum unterscheiden wird. Es müssen aber auch Lösungsansätze in Fallstudien und Pilotprojekten erprobt werden, um neben den statistischen Erkenntnissen mit den dort gesammelten Erfahrungen auch qualitativ im Sinn einer integrierten, sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik voranzukommen. Das betrifft den Umbau von Gewerbeimmobilien zu Wohnraum, die Aufwertung von reinen Bürostandorten durch Wohngelegenheiten oder auch die Unterstützung von Baugruppen und Baugenossenschaften und das gemeinwohlorientierte Bauen und Wohnen mit Angeboten für Studierende und Flüchtlinge auch inmitten der Stadt.

